

Protokoll

Sitzung des Bauausschusses

Sitzung: Dienstag, 03.11.2020

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 17:05 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Thorsten Köster - CDU

Mitglieder

Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE

Herr Manfred Dobberphul - SPD

Vertretung für: Herrn Nils Bader

Frau Ellen Hannebohn - SPD

Frau Antje Keller - CDU

Herr Detlef Kühn - SPD

Herr Reinhard Manlik - CDU

Herr Peter Rosenbaum - BIBS

Herr Gunnar Scherf - AfD

Herr Udo Sommerfeld - DIE LINKE.

weitere Mitglieder

Herr Christian Bley - Die Fraktion P²

ab 15:04 Uhr

Herr Carsten Lehmann - FDP

Herr Rolf Kamphenkel - Behindertenbeirat e. V.

sachkundige Bürger

Herr Horst-Dieter Steinert - B90/GRÜNE

Herr Dr. Helge Wendenburg - SPD

ab 15:01 Uhr

Verwaltung

Herr Holger Herlitschke - Dezernent VIII

Herr Heinz-Georg Leuer - Dezernent III

Frau Bianca Winter - RefL 0600

Herr Klaus Benscheidt - FBL 66

Herr Wilhelm Eckermann - stv. FBL 65

Herr Stephan Kühl - FBL 60

Protokollführung

Herr Holger Ender - Ref 0600

Abwesend

Mitglieder

Herr Nils Bader - SPD entschuldigt

Herr Dennis Scholze - SPD entschuldigt

weitere Mitglieder

Frau Dr. Annette Rohling - Seniorenrat Braunschweig entschuldigt

sachkundige Bürger

Herr Gerald Gaus - SPD entschuldigt

Herr Felix Nordheim - CDU entschuldigt

Herr Maximilian Pohler - CDU entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 15.09.2020 (öffentlicher Teil)
- 3 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 14.10.2020 (öffentlicher Teil)
- 4 Mitteilungen
- 4.1 Gegenüberstellung der modularen Holzbau- zur massiven Bauweise 20-12774-01
- 4.2 Sitzung des Beirats der ALBA Braunschweig GmbH vom 25. September 2020 20-14478
- 4.3 Verkehrssicherheit vor Kitas und Seniorenzentren 20-14502
- 4.4 Mündliche Mitteilungen
- 5 Anträge
- 5.1 Photovoltaikanlagen auf städtischen Dächern, konkreter Schritt: Pilotprojekt für das Miet-Modell 20-14506
- 5.1.1 Photovoltaikanlagen auf städtischen Dächern, konkreter Schritt: Pilotprojekt für das Miet-Modell 20-14506-01
- 5.2 Lösungen für fehlende Unterrichtsräume schaffen 20-14488

5.3	Konzeptstudie "vertikale Nachverdichtung"	20-14508
5.3.1	Konzeptstudie "vertikale Nachverdichtung"	20-14508-01
6	Vierte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Art und Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsverordnung)	20-13887
7	Einziehung einer Teilfläche der Gemeindestraße Hagenmarkt	20-14484
8	Anfragen	
8.1	Beschaffung von Produkten, die aus Abfällen hergestellt wurden	20-14504
8.1.1	Beschaffung von Produkten, die aus Abfällen hergestellt wurden	20-14504-01
8.2	Konzept zur Überwachung des ruhenden Verkehrs	20-14428
8.2.1	Konzept zur Überwachung des ruhenden Verkehrs	20-14428-01
8.3	Verantwortung der Stadt für Informationen über Baustellen und Verkehrsbehinderungen	20-14507
8.3.1	Verantwortung der Stadt für Informationen über Baustellen und Verkehrsbehinderungen	20-14507-01
8.4	Fußgängerüberweg an der Forststraße in Höhe Bastholzsiedlung	20-14465
8.4.1	Fußgängerüberweg an der Forststraße in Höhe Bastholzsiedlung	20-14465-01

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschuss-Vorsitzende Ratsherr Köster eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Aufgrund der aktuellen Entwicklung des Infektionsgeschehens im Zusammenhang mit dem Virus „SARS-CoV-2“ lässt Ratsherr Köster in dieser Sitzung keine mündlichen Mitteilungen der Verwaltung zu. Die mündlichen Mitteilungen der Verwaltung sollen schriftlich zum Protokoll genommen werden. Ebenso wird er in der Sitzung keine mündlichen Anfragen zulassen und bittet für den allgemeinen Ablauf der Sitzung um eine kurze Beratung der Tagesordnungspunkte.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 15.09.2020 (öffentlicher Teil)

Das Protokoll (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 14.10.2020 (öffentlicher Teil)

Das Protokoll (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

4. Mitteilungen

4.1. Gegenüberstellung der modularen Holzbau- zur massiven Bauweise 20-12774-01

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

4.2. Sitzung des Beirats der ALBA Braunschweig GmbH vom 25. September 2020 20-14478

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

4.3. Verkehrssicherheit vor Kitas und Seniorenzentren 20-14502

Ratsherr Manlik erwartet nicht, dass durch das Aufbringen von Piktogrammen auf der Fahrbahn die Verkehrssicherheit erhöht werden kann. Die Verwaltung sollte vor der grundsätzlichen Anordnung von Geschwindigkeitsbeschränkungen im Bereich der betreffenden Einrichtungen zudem belegen, dass es sich im konkreten Fall um eine Gefahrenstelle handelt, die geschwindigkeitsbeschränkende Maßnahmen rechtfertigt.

Herr Benscheidt verweist auf die hohe Anzahl an Einrichtungen, die einer vorherigen, detaillierten Überprüfung bedürften. Der Gesetzgeber räumt den Behörden explizit für diese Einrichtungen in besonderer Weise Entscheidungsfreiheiten ein. Herr Benscheidt verdeutlicht, dass durch dieses Vorgehen nicht die weitere Arbeit wie u.a. der Unfallkommission, die Auswertung der Unfallhäufungsstellen und die Förderung der Verkehrswacht eingeschränkt wird.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

4.4. Mündliche Mitteilungen

Protokollnotiz:

4.4.1

Die Tiefbauverwaltung teilt mit, dass der Messanhänger für die semistationäre Geschwindigkeitsüberwachung inzwischen geliefert wurde. Voraussetzung für den Einsatz sind umfangreiche Schulungen des Messpersonals, die coronabedingt aktuell nicht möglich sind. Diese werden baldmöglichst, frühestens im Dezember, nachgeholt. Anschließend wird der Messbetrieb aufgenommen.

4.4.2

Zum Hinweis auf eine unvollständige Beschilderung im Einmündungsbereich Wendenstraße/Am Gaußberg von Ratsfrau Hannebohn in der Sitzung des Bauausschusses am 15. September 2020 informiert die Tiefbauverwaltung, dass der städtische Dienstleister die fehlende Beschilderung wieder aufgestellt hat.

4.4.3

Zum Hinweis von Ratsherr Scholze auf eine regelmäßige ordnungswidrige Nutzung eines Carsharing-Parkplatzes im Magniviertel in der Sitzung vom 4. Februar 2020 hatte Stadtbaurat Leuer erklärt, dass durch eine Beschilderung gemäß den Regelungen des Carsharing-Gesetzes evtl. eine höhere Akzeptanz erreicht werden kann. Dazu informiert die Tiefbauverwaltung nun, dass es künftig möglich sein wird, Carsharing-Stellplätze mit dem neuen, eigens dafür vorgesehenen Schild (Piktogramm „geteiltes Fahrzeug mit vier darauf zugehenden Personen“) auszuweisen. Fahrzeuge von Carsharing-Firmen, die künftig hier geparkt werden sollen, werden über eine offizielle Plakette gekennzeichnet, welche auf Antrag ausgegeben wird. Bislang hat das Bundesverkehrsministerium die zuständige Behörde für die Vergabe der Plaketten noch nicht bestimmt. Sobald dies feststeht, wird die Verwaltung die neue Beschilderung umsetzen. Haltverbotschilder und Ausnahmegenehmigungen zur Kennzeichnung bzw. Nutzung von Carsharing-Parkplätzen im öffentlichen Verkehrsraum sind dann nicht mehr erforderlich. Durch die Verwendung eines eigenen Symbolbildes und die Größe des neuen Schildes im Vergleich zu den bisherigen Hinweisschildern erwartet die Verwaltung eine höhere Akzeptanz der Carsharing-Stellplätze.

4.4.4

Ratsherr Manlik bat in der Sitzung des Bauausschusses am 4. Februar 2020 um durchgängige Freigabe der Wodanstraße für den Radverkehr. Die Tiefbauverwaltung teilt mit, dass die Wodanstraße inzwischen in beide Fahrtrichtungen für den Radverkehr freigegeben wurde.

5. Anträge

5.1. Photovoltaikanlagen auf städtischen Dächern, konkreter Schritt: Pilotprojekt für das Miet-Modell 20-14506

Ratsherr Sommerfeld bringt den Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90 - DIE GRÜNEN, DIE LINKE. und BIBS ein.

Verschiedene Fragen werden beantwortet.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird gebeten, jetzt mit der Umsetzung von Punkt 2 des Ratsbeschlusses vom 17.12.2019 zur Umsetzung von Photovoltaikanlagen auf städtischen Dächern (Vorlage 19-12423) zu beginnen: Eines der sechs in der Stellungnahme der Verwaltung 20-13664-01 aufgeführten Dächer, bei denen eine PV-Nutzung trotz 2013 festgestellter Eignung noch immer nicht in Planung ist, wird zeitnah für ein Pilotprojekt zum Miet-Modell (auch Rückpacht-Modell genannt) zur Verfügung gestellt. Ziel soll eine Umsetzung im Jahr 2021 sein. Dazu nimmt die Verwaltung möglichst bald Gespräche mit potenziell geeigneten Partnern auf.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die beschlossene Prüfung der Gründung einer eigenen Gesellschaft zum Betrieb von Photovoltaikanlagen auf städtischen Dächern voranzutreiben und die Ergebnisse den politischen Gremien zeitnah vorzustellen.

Abstimmungsergebnis (Empfehlung an VA und Rat):

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 1

5.1.1. Photovoltaikanlagen auf städtischen Dächern, konkreter Schritt: Pilotprojekt für das Miet-Modell 20-14506-01

Protokollierung siehe Antrag 20-14506 (TOP 5.1)

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.2. Lösungen für fehlende Unterrichtsräume schaffen

20-14488

Ratsfrau Keller bringt den Antrag der CDU-Fraktion ein, der statt einer längerfristigen Interimslösung eine standortnahe Lösung ermöglichen und die Attraktivität der beiden Schulstandorte erhalten soll.

Stadtrat Herlitschke verweist auf die Planungsdaten in der mittelfristigen Finanzplanung für die beiden im Antrag genannten Schulen, die den laufenden Planungsprozess belegen. Die Abstimmungen zwischen der Schul- und Hochbauverwaltung sowie den Schulen münden in die Raumprogrammbeschlüsse, die Grundlage für die weiteren Planungen sind. Wird der hier eingebrachte Antrag in dieser Form beschlossen, wird beiden Schulen ein Sonderstatus gegenüber anderen Schulen eingeräumt.

Bezogen auf die Planungen zum Umfeld des Quartiers am Hauptbahnhof ist aus Sicht von Ratsfrau Keller jetzt der richtige Zeitpunkt, städtische Flächen für kommunale Aufgaben vorzusehen. Mit Kreativität kann eine Sporthalle architektonisch im Quartier integriert werden.

Es erfolgt eine ausführliche Diskussion über die Prioritätensetzung und Raumbedarfsplanung.

Auf Vorschlag von Ratsherr Kühn lässt der Ausschuss-Vorsitzende Ratsherr Köster darüber abstimmen, den Antrag passieren zu lassen. Es wird jedoch von der Hochbauverwaltung erwartet, dass die Stellungnahme zum Antrag rechtzeitig zu den Fraktionssitzungen am darauffolgenden Montag vorliegt.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, für die Gaußschule und das Wilhelm-Gymnasium ein Konzept für eine angemessene räumliche Lösung mit folgenden Rahmenbedingungen zu erstellen und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

- Die fehlenden allgemeinen Unterrichtsräume (AUR) am Wilhelm-Gymnasium sind auf dem Schulgelände zur Verfügung zu stellen, dazu ist der Neubau eines Erweiterungsbaus mit AUR vorzusehen. Zusätzliche Sporthallenkapazitäten sind durch den Neubau einer Sporthalle auf dem Schulgelände oder in unmittelbarer Nähe der Schule z.B. bei der Neugestaltung der Kurt-Schumacher-Str. herzustellen.

-Die fehlenden allgemeinen Unterrichtsräume (AUR) an der Gaußschule sind auf dem Schulgelände zur Verfügung zu stellen. Als Ersatz für die sanierungsbedürftige Sporthalle ist die Mitnutzung der gemeinsam mit dem Wilhelm-Gymnasium genutzten neu entstehenden Sporthallenkapazitäten auf dem Schulgelände oder in unmittelbarer Nähe der Schule z.B. bei der Neugestaltung der Kurt-Schumacher-Str. vorzusehen. Die durch den Abriss der sanierungsbedürftigen Sporthalle entstehenden räumlichen Kapazitäten werden für die Errichtung zusätzlicher allgemeiner Unterrichtsräume genutzt.

Die Fertigstellung der zu errichtenden zusätzlichen Räume und Hallenkapazitäten soll spätestens zum Beginn des Schuljahrs 2026/27 erfolgen.

Abstimmungsergebnis (zum Antrag auf Passieren lassen):

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

Der Bauausschuss lässt die Vorlage 20-14488 ohne Beschlussempfehlung in der Sache passieren.

5.3. Konzeptstudie "vertikale Nachverdichtung"

20-14508

Ratsherr Köster bringt den Antrag der CDU-Fraktion ein.

Ratsherr Scherf begrüßt die Durchführung einer Konzeptstudie.

Ratsfrau Jalyschko bezweifelt, dass vertikale Nachverdichtung, die aus ihrer Sicht immer einer Einzelfallbetrachtung bedarf, einen nennenswerten Beitrag zur Schaffung kostengünstigen Wohnraums leistet. Anstelle der Konzeptstudie soll die Verwaltung ihre Kräfte auf kommende Bauprojekte richten und hier die Verdichtung im Blick behalten.

Ratsherr Kühn verweist am Beispiel des Bebelhof auch auf die im Zuge der Schaffung von Wohnraum durch vertikale Nachverdichtung für das Quartier entstandenen Nachteile. Eine Konzeptstudie wird er unterstützen, wenn diese im Ergebnis die für eine größere Nachverdichtung geeigneten Bereiche und die hierfür zu schaffenden Voraussetzungen aufgezeigt.

Bürgermitglied Dr. Wendenburg verweist auf die Studie „Städtebauliche Nachverdichtung im Klimawandel“ vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt und Raumforschung (BBSR), die als Grundlage für weitere Überlegungen zur vertikalen Nachverdichtung in Braunschweig dienen kann.

Ratsherr Köster appelliert, dringend die Konzeptstudie für Braunschweig zu erstellen, um diese den Braunschweiger Wohnbaugesellschaften zur Verfügung zu stellen, damit zeitnah zahlreiche zusätzliche Wohnungen geschaffen werden können. Es darf nichts unversucht gelassen werden, den weiteren Anstieg der Mieten zumindest zu bremsen.

Verschiedene Fragen werden beantwortet.

Ratsherr Kühn regt an, im Beschlusstext Bezug auf die von Herrn Dr. Wendenburg genannte Studie zu nehmen.

Ratsherr Köster lässt über den geänderten Beschlusstext abstimmen.

Beschluss (geändert):

Die im Haushalt 2020 ursprünglich für eine Konzeptstudie für serielles, modulares Bauen zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 30.000 Euro werden für eine Konzeptstudie für eine vertikale Nachverdichtung **unter Berücksichtigung bestehender Konzeptstudien** verwendet. Die Ergebnisse sind den Ratsgremien vorzustellen.

Abstimmungsergebnis (Empfehlung an VA und Rat):

dafür: 8 dagegen: 0 Enthaltungen: 2

5.3.1. Konzeptstudie "vertikale Nachverdichtung"

20-14508-01

Protokollierung siehe Antrag 20-14508 (TOP 5.3)

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

6. Vierte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Art und Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsverordnung)

20-13887

Beschluss:

„Die als Anlage 1 beigefügte Vierte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Art und Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsverordnung) wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis (Empfehlung an VA und Rat):

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

7. Einziehung einer Teilfläche der Gemeindestraße Hagenmarkt

20-14484

Ratsherr Kühn merkt zur Vorlage an, dass in den beiden Karten der Anlagen mit dem Hinweis „künftige Fläche mit wassergebundener Decke“ bereits eine Aussage zur Beschaffenheit der Fläche getroffen wird, die gestrichen werden soll. Um Missverständnisse zu vermeiden stimmt Stadtbaurat Leuer zu, diesen ergänzenden Hinweis zu streichen.

Protokollnotiz: Der Beschlusstext wurde ergänzt, um die Streichung des Hinweises für die weitere Gremienschiene zu verdeutlichen.

Beschluss (geändert):

„Die Einziehung einer Teilfläche der Gemeindestraße „Hagenmarkt“ ist - vorbehaltlich des Beschlusses des Planungs- und Umweltausschusses zu Drucksache 20-14454 - entsprechend der Anlage 2 zu verfügen und öffentlich bekanntzumachen. **Die in dem Kartenausschnitt der Anlage 1 und 2 angeführte Beschreibung "künftig Fläche mit wassergebundener Decke" ist zu streichen.**“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

8. Anfragen

8.1. Beschaffung von Produkten, die aus Abfällen hergestellt wurden

20-14504

8.1.1. Beschaffung von Produkten, die aus Abfällen hergestellt wurden

20-14504-01

Herr Kühl beantwortet die Anfrage 20-14504.

Eine Nachfrage von Bürgermitglied Dr. Wendenburg wird beantwortet.

Die Stellungnahme 20-14504-01 wird zur Kenntnis genommen.

8.2. Konzept zur Überwachung des ruhenden Verkehrs

20-14428

8.2.1. Konzept zur Überwachung des ruhenden Verkehrs

20-14428-01

Stadtbaurat Leuer beantwortet die Anfrage 20-14428.

Eine Nachfrage von Ratsfrau Jalyschko wird beantwortet.

Die Stellungnahme 20-14428-01 wird zur Kenntnis genommen.

8.3. Verantwortung der Stadt für Informationen über Baustellen und Verkehrsbehinderungen

20-14507

8.3.1. Verantwortung der Stadt für Informationen über Baustellen und Verkehrsbehinderungen

20-14507-01

Stadtbaurat Leuer beantwortet die Anfrage 20-14507.

Er ergänzt, dass die Verwaltung die Anfrage zum Anlass nimmt, die städtische Internetpräsenz zu evaluieren und auf mögliche Optimierungspotenziale zu überprüfen.

Die Stellungnahme 20-14507-01 wird zur Kenntnis genommen.

8.4. Fußgängerüberweg an der Forststraße in Höhe Bastholzsiedlung **20-14465**

8.4.1. Fußgängerüberweg an der Forststraße in Höhe Bastholzsiedlung **20-14465-01**

Herr Benscheidt beantwortet die Anfrage 20-14465.

Die Stellungnahme 20-14465-01 wird zur Kenntnis genommen.

Die Sitzung endet um 17:05 Uhr.

gez. Köster
- Vorsitz -

gez. Leuer
- Stadtbaurat -

gez. Herlitschke
- Stadtrat -

gez. Ender
- Schriftführung -